

**DIE EUROPA-REDE**  
9. November 2010  
Pergamonmuseum Berlin



**Sperrfrist: Redebeginn.  
Es gilt das gesprochene Wort.**

## **Die Europa-Rede**

**„A CURTAIN WENT UP“ – “EIN VORHANG GING AUF“**

**Herman Van Rompuy**

President of the European Council

Ein Projekt von:



STIFTUNG  
**ZUKUNFTBERLIN**

Robert Bosch **Stiftung**

Anrede,

Ich fühle mich geehrt, hier und heute zu Ihnen zu sprechen.

Zunächst, weil Sie mich als ersten Politiker eingeladen haben, die jährliche "Europarede" zu halten.  
Sodann, weil ich im Pergamon-Museum, und am 9. November zu Ihnen sprechen darf.

Wie viele historische Linien gehen von diesem Ort und von diesem Datum aus! Es fühlt sich an, als ob man von starken, alten Kräften in zwei Richtungen gedrängt wird.

Die olympischen Götter vor und hinter uns, 2300 Jahre alt, führen uns in die griechische Zivilisation. Sie führen uns nach Pergamon mit seinen Tempeln, Fontänen, Bibliotheken und Theatern.

Für jemanden, der ein humanistisches Gymnasium durchlaufen hat, ist es ein großer Augenblick, hier zu stehen!

Und dann dieser 9. November. Ein Tag, der in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts von so unterschiedlicher Bedeutung ist. Mit dunklen Momenten, aber natürlich auch mit dem Fest des Falls der Berliner Mauer, gleich hier in der Nachbarschaft.

Die „Mauer der Schande“, die Umkehrung des griechischen Erbes, der Demokratie.

In der Schule lernte ich die berühmte Umschreibung der Demokratie von Perikles, in der „die staatlichen Angelegenheiten nicht das Vorrecht einiger, sondern das Recht vieler“ sind.

Auch deshalb lässt mich das Datum heute nicht kalt.

Meine Damen und Herren, Ladies & Gentlemen,

Ein bekannter deutscher Philosoph, Peter Sloterdijk, sagte vor dreizehn Jahren – ich zitiere:

*„Wenn Nationen als ganze Nervenzusammenbrüche erleiden könnten - es müsste im Falle der Deutschen an einem 9. November geschehen. Mit einer Regelmäßigkeit, die an einen Tick denken läßt, sind die Deutschen seit 1918 schon fast ein Jahrhundert lang an diesem Tag zur Stelle, wenn es darum geht, ihre Pflichten gegenüber der Geschichte, im guten wie im schlimmen, zu erfüllen.“<sup>1</sup>*

Was für eine Serie.

1918: das Ende des ersten Weltkriegs.

1938: die Reichskristallnacht, der Beginn eines Alptraums.

1989: das Ende des Kalten Krieges, der Beginn eines wiedervereinigten Deutschlands.

Für mich ist der 9. November 1989 das vielleicht wichtigste Scharnier, nicht allein für die deutsche, sondern für unsere jüngste europäische Geschichte. Es macht Berlin zur europäischen Stadt.

Meine Damen und Herren,

vor nunmehr 21 Jahren fiel die Berliner Mauer.

Manch einer von Ihnen war dabei, auf der einen oder der anderen Seite.

Andere unter Ihnen waren noch gar nicht auf der Welt.

Ich selbst war damals Vorsitzender meiner Partei. Ich erinnere mich noch, wie wir ein paar Monate nach dem Fall der Berliner Mauer mit den christdemokratischen Ministerpräsidenten Italiens und der Benelux-Länder in Salzburg Bundeskanzler Kohl trafen, um über die deutsche Wiedervereinigung zu sprechen. Ich spürte in diesem sehr kleinen Kreis dort, hoch oben in den Bergen, wie die Geschichte gegenwärtig war.

---

<sup>1</sup> Peter Sloterdijk, 'Der starke Grund, zusammen zu sein', *Die Zeit*, 2 Jan. 2008.

Vor dem Jahr 1989 hatte ich diese Seite der Mauer noch nie leibhaftig gesehen. Als ich etwa fünfzehn, sechzehn Jahre alt war, empfahl mir ein Lehrer, Karl Marx zu lesen. Dieser Rat mutete an unserer katholischen Schule recht merkwürdig an, doch mein Lehrer sagte: "Du wirst bestimmt kein Marxist!" Er hatte recht... In meinen Augen verleugnete der Kommunismus die europäischen Werte. So war ich, als ich – kurz vor dem Mai '68 – zur Universität kam, bereits; immun gegen alle marxistischen und sonstigen "revolutionären" Tendenzen. Auch später habe ich stets unbeirrbar an meiner antikommunistischen Überzeugung festgehalten.

Daher bedeuteten die Ereignisse des 9. November für mich, wie für uns alle, das Ende einer Ära voller destruktiver Ideologien. Diese Geschichte ist oft erzählt worden und muss weiter erzählt werden.

Der Fall der Mauer bedeutete jedoch nicht nur ein Ende (des Kommunismus), sondern auch einen Neuanfang. Er ist der Anlass, weshalb wir heute Abend hier versammelt sind.

Der Fall der Berliner Mauer führte zu einer Bewegung in und für Europa.

Unser geteilter, erstarrter Kontinent war in Bewegung geraten, der Wunsch nach Freiheit hatte Millionen von Menschen erfasst. Zuerst ergriff er die Menschen auf der Ostseite des Eisernen Vorhangs, der – wie Churchill es ausdrückte – "von Stettin nach Triest" reichte. Sie konnten die Tyrannei abschütteln und sich den Wind der Freiheit um die Nase wehen lassen. Doch auch die Menschen auf der Westseite waren betroffen. So wehte der "Wind der Veränderung" nicht nur von "Stettin bis Triest", sondern auch von Cork bis Capri und von Stockholm bis Sevilla.

Bis 1989 stand die Europäische Gemeinschaft in erster Linie für wirtschaftliche Integration – der Binnenmarkt befand sich noch im Aufbau, Schengen steckte noch in den Kinderschuhen –, doch gab es jetzt neue Impulse für unser gemeinsames Abenteuer.

Der 9. November hat die Europäische Union zu dem gemacht, was sie heute ist, und aus diesem Ereignis müssen wir auch Lehren für unser heutiges Handeln ziehen.

Meine Damen und Herren,

bis 1989 befand sich ganz Europa, bildlich gesprochen, hinter einem Vorhang!

In unserem Bewusstsein gab es auf der Weltkarte nur Ost und West.

Auf dem imaginären Globus des Kalten Krieges spielte Europa selbst keine Rolle.

Erst als der Vorhang 1989 aufging, kam das alte Europa aus den Kulissen hervor und betrat das Podium der Weltbühne, Schritt für Schritt, um

- seinen Raum auszufüllen,
- seine inneren Bande zu stärken,
- zu einer eigenen Stimme zu finden.

Dies sind die drei großen europäischen Themen, über die ich heute Abend zu Ihnen sprechen möchte: unser Raum, unsere Stärke, unsere Stimme.

Meine Damen und Herren,

Am Tag nach dem Mauerfall sprach Willy Brandt die berühmten Worte: "*Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.*"

Er meinte Deutschland, doch gilt dies auch für Europa.

Auch wir sind "zusammengewachsen".

Es gab keinen Plan, aber es war auch kein historischer Unfall.

Die Bewegung ging von der Bevölkerung aus, von unten – alles begann mit den Aufständen in Polen, Ungarn und der damaligen Tschechoslowakei.

Was als Flucht vor der Tyrannei begann, entwickelte sich zur Freizügigkeit. Geschäftsleute und Studenten, Händler und Touristen, Männer und Frauen aus Ost und West: Sie alle begannen sofort nach dem Mauerfall, über alle Grenzen hinweg ihr Glück zu versuchen. Heute – nach dem Beitritt von zehn mittel- und osteuropäischen Ländern zur EU – ist diese Freizügigkeit ein verbürgtes Recht. Dabei ist sie mehr als ein fester Bestandteil einer Wirtschaftsunion. Ein Raum der Freiheit und der Rechtsstaatlichkeit, für rastlose Reisende ebenso wie für sesshafte Bürger: Das ist ein Zeichen von Zivilisation.

Erweiterung ist nicht nur ein bürokratischer Vorgang in Brüssel, sondern es geht auch darum, mit den Ereignissen seit 1989 Schritt zu halten. Indem sich die Union neuen Mitgliedern öffnete, ist sie vielleicht nicht *"zusammengewachsen"*, doch sie hat etwas getan, was genauso wichtig ist: Sie hat die Tatsache besiegelt, dass wir Europäer *"zusammengehören"*.  
Dass wir eine Union sind.

Meine Damen und Herren,

dieses Kapitel der Unionsgeschichte ist noch nicht abgeschlossen.

In den ersten zehn Monaten meiner Amtszeit habe ich sieben westliche Balkanländer besucht, um ihnen zu versichern, dass sie eine europäische Perspektive haben.

Sie wollen unserem Klub beitreten, nachdem sie zuvor eine Barbarei und Gewalt erlebt haben, die wir alle in Europa nach 1945 nicht mehr für möglich gehalten haben.

Dies sollte für uns ein Beweggrund mehr sein, sie willkommen zu heißen.

Warum?

Weil es in fast allen Ländern, die inzwischen zur Europäischen Union gehören, zuvor heftige Umwälzungen gegeben hat, die noch in lebhafter Erinnerung sind.

Dies gilt für Deutschland, Frankreich und die anderen Gründerstaaten nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs.

Es gilt auch für Griechenland, Spanien und Portugal nach dem Ende ihrer Diktaturen.

Und es gilt für die ehemaligen kommunistischen Staaten, die sich nach dem Mauerfall zu uns gesellt haben.

Bei jeder Erweiterung hat Europa die damit verbundenen Erschütterungen ausgehalten.

Es hat sich als Anker der Stabilität erwiesen.

Als sicherer Hafen des Wohlstands und der Freiheit.

Als Garant des Friedens.

Der Beitritt der westlichen Balkanländer zur Union wird das Ende des letzten Bürgerkriegs in der langen Geschichte Europas besiegeln – nicht mehr und nicht weniger.

Denjenigen, die behaupten, der Krieg liege so weit zurück in unserer Vergangenheit, dass Frieden kein wichtiges Thema mehr sei in Europa, kein Thema, von dem sich die jüngeren Generationen noch angesprochen fühlen, sage ich deshalb: Fahren Sie dorthin und fragen Sie doch die Menschen dort! Und fragen Sie auch die jungen Leute!

(Die Kinder dort werden Ihnen erzählen, dass sie auf dem Feld ganz in der Nähe nicht Fußball spielen können, weil es vollkommen vermint ist....)

Eine nochmalige Erweiterung wird politischen Mut erfordern, auf beiden Seiten. Der Gedanke, neue Länder aufzunehmen, ist nicht in allen heutigen Mitgliedstaaten populär. Natürlich müssen die Bewerberländer alle Beitrittsbedingungen erfüllen und sich vollständig von ihrer Bürgerkriegsvergangenheit lossagen.

Die pro-europäischen Regierungen und Parteien dürfen ihre Begeisterung nicht verlieren.  
Die Bürger, die sich für Frieden und Versöhnung einsetzen, dürfen die Hoffnung nicht aufgeben.  
Die Länder dieser Region haben es verdient, dass wir ihnen helfen, ihren Weg nach Europa zu finden.

Meine Damen und Herren,

warum haben diese Beitrittswellen zugleich den Vorhang beiseite geschoben, der ganz Europa verhüllte?  
Denken Sie nur an die beiden unterschiedlichen Bedeutungen des Wortes "Europa": Einerseits unser wunderschöner Kontinent, unser reiches Kulturerbe, und andererseits das politische Gebilde namens EU.  
Das geografische und kulturelle Europa im Gegensatz zum politischen "E-U-ropa".  
Und schauen Sie, was allmählich passiert.  
Als sich damals in den 1950er Jahren gerade mal sechs Länder zusammenschlossen und sich den Namen "Europa" gaben, war dies vielleicht ein wenig übertrieben oder vielmehr eine Anspielung auf das, was erst noch kommen sollte. Doch diese anfängliche Verheißung wird nun wahr!  
Dank der nacheinander erfolgten Erweiterungen wird die Europäische Union allmählich zur politischen Ausdrucksform unseres Kontinents.  
Seit 1989 finden wir allmählich zu uns selbst, wir wachsen in unsere Kleider hinein.

Wenn wir von Europa als einem Kontinent der Werte sprechen [*und ich weiß, dass Sie, Frau Bundeskanzlerin, eine entschiedene Verfechterin dieser Idee sind,*] dann meinen wir heute nicht mehr nur einen kleinen Teil Europas, auch nicht nur die Hälfte Europas,  
nein, wir meinen damit heute den gesamten Kontinent!  
Dies verleiht uns Glaubwürdigkeit!

Meine Damen und Herren,

Alle unsere Länder sehen sich mit einer neuen Vielfalt konfrontiert.  
Die Zeit der homogenen Nationalstaaten ist vorbei.  
Alle europäischen Länder müssen für unterschiedliche *Kulturen* offen sein.  
Wir haben aber nur eine *Zivilisation*, die in Demokratie, individuellen Rechten und Rechtsstaatlichkeit besteht.  
Neben der Vielfalt – und Vielfalt zählt sicher zu den Stärken unserer Gesellschaften – brauchen alle unsere Gesellschaften aber auch ein Gefühl der Gemeinsamkeit, der Zusammengehörigkeit. Dieses Gefühl der Gemeinsamkeit kann auf gemeinsamen Werten beruhen, oder einer Sprache, einer gemeinsamen Geschichte, dem Willen, zusammenzuleben (wie Ernest Renan es ausgedrückt hat). Und dieser Wille erwächst in erster Linie aus den Geschichten, die wir einander erzählen.

Denken Sie nur an die alten Griechen: Die Geschichten Homers haben Bande geknüpft, die die Jahrhunderte überdauert haben. Sie ziehen uns auch heute Abend in ihren Bann.  
Es können Geschichten sein von Krieg und Frieden, von olympischen Erfolgen oder übermenschlicher Aufopferung, von einem Gefängnis, das gestürmt, oder einer Mauer, die zum Einsturz gebracht wurde.  
Solche Geschichten vollbringen, was eine Abhandlung über "Werte" nicht vermag: Sie vermitteln in verständlicher Weise "Tugenden", Tugenden, die Männer und Frauen im wirklichen Leben an den Tag gelegt haben: Mut, Respekt, Verantwortungsgefühl, Toleranz, Gemeinsinn.  
Diese europäischen Tugenden zu bewahren und das, was sie von alters her ausmacht, an unsere Kinder und Kindeskinde weiterzugeben, ist eine der großen Herausforderungen für die Zukunft.  
Wir müssen eine Union der Werte sein, aber auch eine Union der Zivilcourage.

## 2. Innere Stärke

Meine Damen und Herren,

Ladies and Gentlemen,

Ich möchte nun zum zweiten Thema unserer europäischen Geschichte kommen, das begann, als der Vorhang aufging.

Ich spreche vom Euro: dem großen Einheits- und Stabilitätsbringer.

Stellen Sie sich nur kurz vor, bei der großen Rezession 2008/2009 hätten wir noch die alten Währungen gehabt. Währungsturbulenzen und das Ende des Binnenmarkts wären das Resultat gewesen! Ein Währungskrieg endet immer in Protektionismus.

In diesem Frühjahr, als die Krise der Staatsverschuldung ihren Höhepunkt erreicht hatte, sagten Sie, Frau Bundeskanzlerin, [ich zitiere]: "Scheitert der Euro, dann scheitert Europa."

Diese Worte haben sich uns eingeprägt.

Mit diesem Satz haben Sie deutlich gemacht, welche Erkenntnis der Einführung einer einheitlichen Währung zugrunde lag. Diese Erkenntnis lautete: Mit der Einführung einer gemeinsamen Währung treiben wir den Aufbau Europas voran.

Nach dem Fall der Mauer – als ein Konflikt zwischen dem neuen Deutschland und seinen Partnern möglich schien – haben die Staatsmänner von 1989 – Helmut Kohl, François Mitterand, Jacques Delors und die anderen – die Geschicke Europas in die Hand genommen und die Pläne für eine einheitliche Währung beschleunigt. Dies war die große Errungenschaft des Vertrags von Maastricht.

Seither sind die Geschicke Europas und des Euro eng miteinander verknüpft.

Der Euro ist das sichtbarste und greifbarste Zeichen für unser gemeinsames Schicksal. Er ist zugleich unser stärkstes Instrument.

Eine gemeinsame Währung zu haben, bedeutet, dass die Entscheidungen eines einzigen sich auf alle auswirken.

Wie, das haben wir gesehen! In diesem Frühjahr wurde die Krise eines Landes, das 10 Millionen Einwohner zählt, zur Krise von 350 Millionen Menschen; Anfang Mai wuchs sich die Krise sogar zur weltweiten Bedrohung aus.

Was mit den Renten und Schulden in einem Land geschieht, wirkt sich auf die Banken und Steuerzahler in einem anderen Land aus. In guten wie in schlechten Zeiten. Was Athen wehtut, schadet auch Amsterdam; und wenn Barcelona aufblüht, geht es auch Berlin gut. Nationale und europäische Interessen lassen sich nicht länger voneinander trennen; sie decken sich.

Bis vor einem Jahr war all dies nur Wissen – theoretisches Wissen.

In der Frühjahrskrise wurde es zur Erfahrung – einer unvergesslichen Erfahrung.

Heute müssen wir nach dieser Wirklichkeit handeln – und zwar verantwortlich.

Deshalb hat der Europäische Rat vor zwei Wochen wichtige Beschlüsse gefasst:

Wir haben einen soliden Pakt zur Stärkung des Euro geschlossen.

Unsere Beschlüsse – und ich denke insbesondere an die Empfehlungen meiner Arbeitsgruppe "Wirtschaftspolitische Steuerung" – stellen sicher, dass jeder Mitgliedstaat sich bewusst ist und einsieht, dass seine Entscheidungen sich auf alle anderen Mitgliedstaaten wie auch auf die Union als Ganzes auswirken. Währungspolitische Einheit kann ohne Wirtschaftsunion keinen Bestand haben.

Meine Damen und Herren,

ich bin sehr erfreut, dass der Europäische Rat am 29. Oktober das Endergebnis der Arbeitsgruppe gebilligt hat. Dies ist ein gewaltiger Sprung nach vorne.

Lassen Sie mich die drei entscheidenden Punkte nennen.

Punkt Eins: Wir werden die Volkswirtschaften unserer Länder, ihre Wettbewerbsfähigkeit, die Risiken von Immobilienblasen und andere Anfälligkeiten stärker im Auge behalten. Wir werden erforderlichenfalls handeln und Korrekturen vornehmen.

Das ist wirklich etwas Neues!

Hätten wir im ersten Jahrzehnt des Bestehens des Euro dieses Instrument zur Hand gehabt, dann hätten wir eine Krise im Euro-Währungsgebiet abwenden können.

Punkt Zwei: Wir werden den Stabilitäts- und Wachstumspakt verstärken, so dass die haushaltspolitische Verantwortung beträchtlich erhöht und Verantwortungslosigkeit bestraft wird. Sanktionen werden früher ergriffen, besser begründet sein und leichter beschlossen werden können. Einige Menschen sind enttäuscht, dass es nicht mehr "Automatismus" bei der Beschlussfassung gibt. Mehr "Automatismus" ist aber genau das, was wir mit der sogenannten umgekehrten Mehrheit vorschlagen!

Dies ist ein Durchbruch.

Punkt Drei (*und die Kanzlerin hat darüber bereits gesprochen*): Wir werden "einen ständigen Krisenmechanismus zur Wahrung der Finanzmarktstabilität im gesamten Euro-Währungsgebiet" einrichten. Als Präsident des Europäischen Rates werde ich Konsultationen mit den Staats- und Regierungschefs sowie dem Präsidenten der Kommission über die dafür erforderliche begrenzte Vertragsänderung führen. Wir alle möchten bis 2013 ein solides und glaubwürdiges System einführen.

Dazu sind wir verpflichtet.

Zusammen genommen stellen diese Vorschläge die größte Reform der Wirtschafts- und Währungsunion seit Einführung des Euro dar. Sie werden unsere Volkswirtschaften krisenfester machen. Auf diese Weise werden wir das 1989 begonnene Gebäude vervollständigen. Nicht, indem wir in ein neu gebautes Luftschloss einziehen, sondern indem wir unsere Fundamente verstärken.

Im echten Geiste des Lissabonner Vertrags haben alle Organe und die Mitgliedstaaten hieran mitgewirkt. Dies ist ein exzellentes Beispiel für das, was die Kanzlerin vergangene Woche in Brügge [*und auch heute wieder*] als "*Unionsmethode*" bezeichnet hat.

Um so große Fortschritte in so kurzer Zeit zu erzielen, ist die "Unionsmethode" der beste Weg.

Für eine nicht im Vertrag vorgesehene Krise ist sie sogar der einzige Weg.

Meine Damen und Herren,

so bringt uns der Euro nun Stabilität.

Aber wir brauchen auch Fortschritt.

Wenn gerade in einer Welt in Bewegung nur in Konstanz verharren, werden wir dem Niedergang entgegengehen.

Wir brauchen auch mehr strukturelles Wirtschaftswachstum.

In den meisten europäischen Ländern – die demografisch nicht wachsen, wie besonders Deutschland – rührt das Wirtschaftswachstum im Wesentlichen daher, dass mehr gearbeitet wird oder aber dass die Produktivität und die Qualität der Arbeit erhöht werden. Indem nämlich bessere Autos oder wettbewerbsfähigere Maschinen hergestellt oder intelligentere Dienstleistungen entwickelt werden.

*Geschieht also nichts, werden wir zu einem großen Museum, aber nicht zu einem, das Sie und ich so mögen würden [wie dieses hier]!*

Reformen, die sich auf die Arbeitsmärkte oder Rentensysteme richten, sind im Wesentlichen von den Mitgliedstaaten durchzuführen. Die Europäische Union kann Leitlinien, besonders im Euro-Währungsgebiet, vorgeben, aber die

Umsetzung erfolgt "dezentral". Dies ist eben das Subsidiaritätsprinzip. Im Normalfall kann die Union die Lage beobachten und den Mitgliedstaaten Empfehlungen für ihre öffentlichen Haushalte und Schulden geben, aber sie kann ihnen keine konkreten Maßnahmen auferlegen. Nur wenn die Politik eines Landes Risiken für das Euro-Währungsgebiet in seiner Gesamtheit auslöst, können – sogar in einem frühen Stadium – Sanktionen verhängt werden.

Im Europäischen Rat ist das Wirtschaftswachstum ein Leitmotiv seit der ersten von mir geleiteten Tagung im Februar 2010. In den nächsten Monaten will ich im Europäischen Rat das Doppelthema Innovation und Energie aufgreifen. Die dieser Thematik gewidmeten Tagungen sind feste Komponenten in einer langfristigen Wirtschaftsstrategie. Im März werden wir erstmals – im Rahmen des sogenannten europäischen Semesters – die Anstrengungen aller Mitgliedstaaten zur Umsetzung der auf Wachstum und Beschäftigung gerichteten Strategie "Europa 2020" bewerten. Und lassen Sie uns besonderen Nachdruck darauf legen: Wachstum und Beschäftigung, das ist unser Ziel.

Die Menschen klagen bisweilen über einen Mangel an politischem Mut in der heutigen Zeit (*wobei sie davon ausgehen, dass diese Tugend vor ein oder zwei Generationen im Übermaße vorhanden war!*).

Ich für meinen Teil war in diesem Jahr ehrlich beeindruckt vom politischen Mut unserer Regierungen, die ausnahmslos zu höchst unpopulären Mitteln greifen, um die Wirtschaft und ihre öffentlichen Haushalte zu reformieren, und das in Zeiten eines zunehmenden Populismus. Einige Regierungschefs sehen sich dabei mit Widerstand seitens der Parlamente, mit Straßenprotesten und Arbeitsniederlegungen (oder auch mit allem gleichzeitig!) konfrontiert, und sie sind sich in vollem Umfang der großen Gefahr einer Wahlniederlage bewusst. Dennoch geben sie nicht nach.

Was ist politischer Mut, wenn nicht das?

Wir werden die innerhalb des Euro-Währungsgebiets bestehenden Unterschiede überwinden, die für die Euro-Krise ursächlich waren. Die heutigen divergierenden Wirtschaftswachstumsraten sind den – in Ländern mit Problemen ergriffenen – einschneidenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen geschuldet, aber all dies wird nur vorübergehend sein. Es wird nur wenige Jahre dauern, und wir werden wieder Konvergenter sein, nicht nur in der Politik, sondern auch in den Zahlen!

Und um meine deutsche Zuhörerschaft zu beruhigen: Es geht hier darum, aufzuholen, und nicht darum, zurückzufallen!

*Meine Damen und Herren,*

der Euro ist heute stärker, als er es noch vor wenigen Monaten war, und das ist eben unserer politischen Entschlossenheit zu verdanken.

Ich möchte hier in Berlin die herausragende Rolle würdigen, die die deutsche Kanzlerin und ihre Regierung seit Beginn der Euro-Krise gespielt haben.

Die deutsch-französische Freundschaft ist für das Euro-Währungsgebiet eine grundlegende, wenn auch keine hinreichende Bedingung für den Erfolg.

Denn die Bedenken aller sollten Gehör finden. Es ist meine Rolle, hierauf zu achten. Und dies geschieht ja auch so. Zusammenarbeit ist das *Leitmotiv* und ist stets mein politisches Lebensmotto gewesen [*nicht zuletzt, als ich in der belgischen Politik tätig war*].

Meines Erachtens ist die begrenzte Vertragsänderung, auf die sich die Staats- und Regierungschefs vor zehn Tagen verständigt haben, durchaus wichtig, aber sie sollte nicht zum Anlass genommen werden, die "interne Debatte" über die Wesensart, das Ziel und die Architektur der Union neu aufzurollen: Wir haben Dringenderes zu tun.

Aus dem gleichen Grund glaube ich nicht, dass die Neukonzipierung der Art und Weise, wie die EU ihre Einnahmen sichert, eine oberste Priorität darstellt. Das gegenwärtige System spiegelt normalerweise das Zahlungsvermögen der einzelnen Mitgliedstaaten wider. Die Beiträge sind nach dem Bruttonationaleinkommen bemessen und gelten deshalb als *gerecht*. Einige haben vorgeschlagen, dieses System durch eine direkte EU-Steuer – beispielsweise auf Finanzgeschäfte oder auf CO<sub>2</sub> – zu ersetzen. Solche echten "Eigenmittel" – so wird argumentiert – würden die Brüsseler Organe "verantwortlicher" machen. Ich für meine Person stehe neuen Gedanken aufgeschlossen gegenüber, aber da die meisten alternativen Einkommensquellen das Risiko bergen würden, die Mitgliedstaaten in ungleicher Weise zu treffen, würde das derzeitige System an Gerechtigkeit, an seiner automatischen Solidarität einbüßen. Seien Sie deshalb vorsichtig, aber lassen Sie uns darüber diskutieren.

Wichtiger jedoch ist die Frage, wie wir das europäische Geld ausgeben. Wir müssen uns auf Bereiche konzentrieren, in denen europäische haushaltspolitische Entscheidungen durch Vermeidung von Überschneidungen oder durch Größenvorteile einen Mehrwert für die Steuerzahler erbringen können.

### 3. Eine Stimme in der Welt

Meine Damen und Herren,

damit komme ich schließlich zum dritten Thema unserer Geschichte, das auch hier in dieser Stadt vor 21 Jahren ihren Anfang nahm.

Wie ich bereits sagte, haben wir seit diesem Freudentag, als über ganz Europa der Vorhang aufging,

- den Rest unseres Kontinents (dank der Erweiterungen) nach und nach in unseren Klub aufgenommen
- unsere innere Stärke ausgebaut (vor allem dank des Euro)
- und schließlich drittens unserer Stimme auf der Weltbühne mehr Gewicht verliehen.

Auch in dieser Hinsicht war 1989 ein Wendepunkt. Die Veränderungen in der Welt haben uns gezwungen, wachsende Verantwortung für unsere eigene Sicherheit zu übernehmen. Nach dem Kalten Krieg sind wir aus dem Winterschlaf aufgewacht.

Wir sind seither nicht nur für gemeinsame Prinzipien eingetreten, sondern wir haben auch unsere gemeinsamen Interessen definiert und verteidigt.

Und an alle, die mit Selbstgefälligkeit oder Masochismus von einem "Niedergang Europas auf der Weltbühne" sprechen, richte ich einfach die Frage: Wo war denn Europas Platz auf der Weltbühne vor dem Jahr 1989?

Aber nicht nur WIR haben uns seit diesem Zeitpunkt verändert.

Schauen Sie sich die Welt von heute an!

Es gibt sie nicht mehr, die Unterteilung in West und Ost, mit einer Dritten Welt, die in der Ecke steht, und wir in den Kulissen.

Diese alten Kategorien gehören der Vergangenheit an. Die beeindruckenden wirtschaftlichen und politischen Veränderungen, die wir "Globalisierung" nennen, haben nicht nur hunderte Millionen Menschen aus der Armut

herausgeführt, sondern auf diese Weise auch eine neue Landkarte entstehen lassen. So reduziert sich die Dritte Welt nahezu auf weite Teile Afrikas, während fast ganz Asien mit China und Indien neues Selbstbewusstsein an den Tag legt, und dasselbe gilt auch für Südamerika.

DIES ist die globale Bühne, auf der Europa agieren muss.

In dieser neuen Welt, die noch so manche Überraschung für uns bereithalten dürfte, müssen wir unseren Platz erobern und ausfüllen. Den Staats- und Regierungschefs kommt eine zukunftsweisende Rolle zu, nämlich gemeinsam die strategischen Interessen der Union zu definieren, über die Prioritäten zu entscheiden und unsere gemeinsame Ausrichtung festzulegen.

Lassen Sie mich abschließend einige Entwicklungen kurz zusammenfassen.

Erstens: Macht und Einfluss in der Welt werden heute zunehmend von der Wirtschaft und weniger von Waffen bestimmt. Bei den jüngsten regionalen Konflikten wie etwa in Irak und Afghanistan hat sich klar und deutlich gezeigt, dass der Einsatz militärischer Mittel an seine Grenzen stößt. Die aufstrebenden Mächte ziehen daraus auch die Lehre, dass sie – ohne das Risiko, sich selbst zu isolieren – nicht auf ihre wachsende militärische Stärke bauen können. Darüber hinaus wird bei einem gegenwärtigen Weltwirtschaftswachstum von rund 4 Prozent der Druck auf die Preise für Energie, Nahrungsmittel und Rohstoffe zunehmen. Der Zugang zu diesen Grundprodukten wird ein ganz entscheidender Faktor in den kommenden Jahrzehnten sein. Als eine Union müssen wir unsere Interessen in dieser sich wandelnden Welt verteidigen.

Zweitens: Diese zunehmend globalisierte Welt verlangt nach einer stärkeren globalen Ordnungspolitik. Daher muss die G20 auch eine mehr politische Führungsrolle übernehmen. Zwei wichtige Reformen befinden sich in der Sackgasse: die sogenannte Doha-Runde für die Weiterentwicklung des Freihandels in der Welt sowie die Folgemaßnahmen zur Kopenhagener Klimakonferenz. Glücklicherweise haben die Finanzminister im vergangenen Monat eine Einigung über die Reform des Internationalen Währungsfonds erzielt. Das internationale Währungssystem in seiner derzeitigen Form funktioniert jedoch nicht mehr reibungslos.

Nur marktorientierte Wechselkurse könnten die Eckdaten einer Wirtschaft korrekt widerspiegeln und einen fairen Wettbewerb zwischen Ländern und Währungsgebieten sicherstellen. Auch müssen die wirtschaftlichen Eckdaten, etwa niedrige Inflationsraten und geringe Defizite, auf soliden Fakten beruhen. Andernfalls taucht wieder die Gefahr des Protektionismus auf. Der Übergang zu einem flexibleren Wechselkurssystem und zu soliden Eckdaten wird sich nur schrittweise vollziehen, aber er ist notwendig.

Deshalb zählt er auch zu den zentralen Themen des G20-Gipfels, der in dieser Woche in Seoul stattfindet (und auf dem die Bundeskanzlerin und ich uns wieder begegnen werden!)

Drittens: Die Europäische Union möchte die politische Rolle der neuen aufstrebenden Wirtschaften anerkennen. In diesem Bestreben haben die Europäer die G20 auf höchster Ebene eingerichtet und im Zuge der IWF-Reform zwei europäische Sitze aufgegeben. Wir sind allerdings auch der Auffassung, dass diese aufstrebenden Länder ihrerseits mehr Verantwortung für die Weltwirtschaft übernehmen und einen aktiveren Beitrag zur globalen Ordnungspolitik leisten sollten. Ich hoffe, dass diese Länder einsehen werden, dass es problematisch ist, zugleich die Rechte eines unterentwickelten Landes und die einer fortgeschrittenen Wirtschaft für sich in Anspruch zu nehmen.

In dieser im Wandel begriffenen Welt muss sich die Europäische Union noch weiter anpassen. Wir müssen unser ganzes Gewicht in die Waagschale werfen. Unsere Beziehungen zu strategischen Partnern müssen auf Gegenseitigkeit und gegenseitigem Nutzen beruhen. Beginnen wir dort, wo wir am stärksten sind: Werfen wir unser wirtschaftliches Gewicht in die Waagschale. Im IWF sollten die Länder des Euro-Währungsgebiets eng zusammenarbeiten. Eines Tages sollten wir es zu einem mächtigen Euro-Sitz im IWF bringen, der der Stärke unserer gemeinsamen Währung angemessen ist.

Wenn wir eine bedeutende Stellung in der Welt einnehmen wollen, müssen alle 27 Mitgliedstaaten und die EU-Organe dieselben Kernbotschaften aussenden. Diese müssen nicht zwangsläufig mit einer Stimme ausgesprochen werden, aber es muss dieselbe Botschaft sein, die alle 27 Länder vermitteln.

Der Lissabonner Vertrag gibt uns hierfür das erforderliche politische und diplomatische Instrumentarium an die Hand. Nachdem das erste Halbjahr im Krisenmanagement-Modus durchlaufen wurde, hat der Europäische Rat in diesem Herbst damit begonnen, strategische Leitlinien vorzugeben. Von nun an werden wir auf jeder Tagung über die auswärtigen Beziehungen sprechen.

Kurzum: Der Vorhang ist aufgegangen, das Publikum wartet und Europa ist vorbereitet, die Szene zu betreten und zu agieren.

#### (4. FAZIT)

Meine Damen und Herren,

wir müssen gemeinsam die Gefahr einer neuen Europa-Skepsis abwehren.

Diese ist nun nicht mehr das Monopol einiger weniger Länder.

In jedem Mitgliedstaat gibt es Menschen, die der Überzeugung sind, ihr Land könne in der globalisierten Welt allein überleben.

Dies ist mehr als nur eine Illusion: Es ist eine Lüge!

Franklin Roosevelt drückte es so aus: "Das Einzige, was wir zu fürchten haben, ist die Furcht selbst."

Europas größter Feind ist heute die Furcht.

Furcht führt zu Egoismus, Egoismus führt zu Nationalismus und Nationalismus führt zu Krieg ("*le nationalisme, c'est la guerre*" (F. Mitterand)). Der heutige Nationalismus ist häufig kein positives Gefühl des Stolzes auf die eigene Identität mehr, sondern vielmehr ein negatives Gefühl der Angst vor den anderen.

Es ist die Furcht vor "Feinden" dies- und jenseits unserer Grenzen. Dieses Gefühl ist in ganz Europa zwar nicht bei der Mehrzahl der Menschen, aber doch überall verbreitet.

Am Anfang unserer Union stand der Wille zu Zusammenarbeit, Aussöhnung und Solidarität.

Furcht führt zu Lähmung, Antriebslosigkeit oder – schlimmer noch – zu Protektionismus in Europa und weltweit.

Diejenigen, die den Verlust von Arbeitsplätzen und Wohlstand fürchten, führen am Ende genau die Situation herbei, die sie vermeiden wollten.

DE

Meine Damen und Herren,

Nichts wurde jemals auf Angst gebaut.

Die Europäer der ersten Stunde -- Monnet, Adenauer, Spaak --, sie waren ambitioniert, nicht kleinmütig.

Die Bürgerinnen und Bürger Ostdeutschlands haben ihre Angst beiseite geschoben und so den Terror des Kommunismus überwunden.

Unser Europa steht für eine offene, nicht eine geschlossene Gesellschaft. Aber eine offene Gesellschaft mit Regeln und Werten, mit einem Projekt, mit einer positiven Identität.

Letztlich respektieren die Menschen Führungspersönlichkeiten, die '*rassembleurs*' sind, die einigend wirken.

Ohne Hoffnung und Tatkraft kann aber nichts Großes erreicht werden.

Wir müssen deshalb Männer und Frauen der Hoffnung sein.

Hoffnung, gegründet auf Ergebnisse in der Vergangenheit,

Hoffnung, genutzt für die Gestaltung der Gegenwart,

Hoffnung, als Antrieb für eine bessere Zukunft.

Die europäische Idee ist das erfolgreichste und freizügigste Projekt in der Welt seit 1945. Sie hat den ganzen Kontinent vereinigt und den Menschen Frieden und Wohlstand gebracht.

Heute haben die 500 Millionen Frauen und Männer in unserer Union damit ein Fundament, auf dem sie ein besseres Europa für morgen bauen können.

Meine Damen und Herren,

Lassen Sie uns also unsere Erfahrungen nutzen, und vor allem unsere Hoffnungen leben!